

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67/99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 uon d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Karin Wolf-Freytag, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann-druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

12/81

14. August

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschluß für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

„Zwei-Drittel-Mitarbeiter“ abgelehnt:

„Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses wird verhindert“

Kritik des Senats an Sparmethoden der Landesregierung

Einstimmig hat der Senat der Universität Oldenburg die Verkürzung der Arbeitszeit von wissenschaftlichen Mitarbeitern kritisiert. Wie berichtet, hatte der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst (MWK) die Hochschulen des Landes in einem Fernschreiben angewiesen, künftig wissenschaftliche Mitarbeiter, „die in einem befristeten Angestelltverhältnis angestellt werden sollen, das zugleich die wissenschaftliche Weiterqualifikation ermöglicht, ... nur noch mit höchstens 28 Stunden in einem Teilzeitarbeitsverhältnis wöchentlich“ beschäftigen.

Der Senat begründet seine Ablehnung dieser Regelung damit, daß durch sie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses verhindert

werde. Schon die durch das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) 1978 eingeführte Regelung, wissenschaftliche Mitarbeiter zum Zwecke ihrer Weiterqualifikation in auf fünf Jahre befristeten Angestelltverhältnissen zu beschäftigen, war seinerzeit als Einschränkung von Qualifikationsmöglichkeiten kritisiert worden; im Vergleich zu den ehemaligen wissenschaftlichen Assistenten wird diesen Mitarbeitern auf Angestelltbasis ein hohes Maß an - zudem nur „unselbständiger“ - Lehre und andere Dienstleistungen abverlangt; von den vom NHG neu eingeführten Hochschulassistenten wird hingegen bereits als Einstellungsvoraussetzung die Promotion verlangt. Umso mehr wirkt sich die neu verfügte Arbeitszeitverkürzung - bei entsprechender Gehaltsreduktion, versteht sich - aus, die Zeit für „selbständige wissenschaftliche Tätigkeit“ wird auf maximal acht Stunden verkürzt, „sofern dadurch die Erfüllung der Dienstaufgaben ... nicht beeinträchtigt wird.“ Die eigene Qualifikation wird zur Privatangelegenheit gemacht.

Weitere Gründe für das Nein des Senats zur Einführung von Zwei-Drittel-Angestellten:

- die Lehre werde unter der Neuregelung so gravierend beeinträchtigt werden, daß bei dem derzeitigen Stand der Ausstattung der Universität mit wissenschaftlichen Mitarbeitern die Aufrechterhaltung einer qualifizierten Ausbildung nicht mehr gewährleistet sei;
- in den Forschungsprojekten entstehe eine unzumutbare Arbeitssituation, da bei unveränderter Vertrags-

dauer die abgeforderte Leistung gleich bleibe;

- die schwierige Arbeitsmarktsituation für Wissenschaftler werde ausgenutzt, da die Alternative zum Zwei-Drittel-Vertrag häufig nur die Arbeitslosigkeit sei;
- angesichts dieser Situation würden künftig Wissenschaftler mit Berufserfahrung kaum mehr die Möglichkeit wissenschaftlicher Arbeit und Weiterqualifikation an den Hochschulen wählen.

Fazit: Der Senat fordert den Präsidenten auf, „die Meinung des Senats öffentlich und gegenüber dem Minister zu vertreten.“ Die gleiche Bitte ist auch in einem Schreiben des Personalrats an den Präsidenten enthalten, der ebenfalls auf die schwerwiegenden Nachteile der Neuregelung für die Betroffenen hinweist.

Von anderen Hochschulen sowie von der Landeshochschulkonferenz wurde der Erlass des MWK ebenfalls scharf kritisiert. Wörtlich erklärte die LHK: „Die Mitgliedshochschulen sind sich einig in der Auffassung, daß die Realisierung zu gravierenden Nachteilen und schweren Schäden für die Forschung an den Hochschulen führen wird.“ Der Vorsitzende der LHK sagte zu, sich dafür einzusetzen, „daß eine Umsetzung des Erlasses nicht erfolgt, bevor weitere Gespräche (des MWK) mit den Hochschulen darüber stattgefunden haben.“

jb

5.685 Studenten immatrikuliert

Die Zahl der Studenten ist im Sommersemester auf 5.685 gestiegen. Nicht weniger als 644 Neuimmatrikulationen verzeichnete die Verwaltung der Universität. Dieser Zahl stehen 573 Exmatrikulationen gegenüber - hauptsächlich von Hochschulabsolventen. Lediglich 54 gaben an, an einer anderen Hochschule studieren zu wollen. Mit einem steilen Anstieg der Studentenzahl rechnet die Universität im Wintersemester. Hundert Anträge auf Immatrikulation türmen sich zur Zeit in der Verwaltung.

Cassens: „Jura auf Dauer unerlässlich“

Als „auf die Dauer unerlässlich“ hat Niedersachsens Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens gegenüber der NWZ die Einrichtung eines Studienganges Rechtswissenschaften an der Universität Oldenburg bezeichnet. Angesichts der angespannten Finanzlage sei allerdings nicht mehr 1982 mit der Schaffung neuer Planstellen für den Jura-Fachbereich zu rechnen. Cassens erklärte weiter, er habe sich von der Güte der Argumente der Universitätsleitung überzeugen lassen. Dies gelte auch im Hinblick auf die Einrichtung eines Fachbereichs Romanistik an der Universität, der keineswegs „außen vor“ sei.

Neue Labors in alten Fabriken



Rascher als erwartet, sind die beiden von der Universität angemieteten ehemaligen Fabriken von IGEMO und Coca-Cola für Forschung und Lehre im Bereich Chemie und Biologie hergerichtet und der Universität übergeben worden. In dem ehemaligen Coca-Cola-Betrieb an der Cloppenburger Straße sind 74 Studienplätze mit entsprechenden Laboreinrichtungen auf einer Hauptnutzfläche von gut 1100 Quadratmetern entstanden. In der IGEMO-Fabrik an der Bloherfelder Straße stehen nun 141 Studienplätze auf einer Fläche von etwa 2200 Quadratmetern zur Verfügung. Finanziert wurde die Einrichtung der Labore mit Erstaustattungsmitteln für den Ausbau in Wechloy. Wie Vizepräsident Professor Dr. Peter Köll dazu erklärte, sei damit die volle Wiederaufnahme des Studienbetriebes nach dem Brand im Großraumlabor gewährleistet.

BAFÖG nicht mehr rückwirkend

Das 7. Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) enthält neben anderen Neuregelungen eine gravierende Änderung, die besonders für Erstsemester von Bedeutung ist: Nach Paragraph 15 Absatz 1 wird die BAFÖG-Förderung frühestens ab Beginn des Monats gewährt, in dem der Antrag gestellt wurde. Die bisherige Regelung, drei Monate rückwirkend zu zahlen, ist damit aufgehoben worden.

Da die Förderungshöchstsätze zum 1. April 1982 bis 6,5 Prozent angehoben werden, die Gesamtförderungssumme aber mit 2,4 Milliar-

Brandschaden wird zum Großteil ersetzt

Die Universität wird voraussichtlich den materiellen Schaden, der durch den Brand im Großraumlabor entstanden ist, ersetzt bekommen. Das ist das Ergebnis einer Besprechung zwischen dem Wissenschaftsministerium und der Universitätsleitung.

Danach wird die Hochschule sofort einen Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von etwa 1,5 Millionen Mark stellen, der voraussichtlich auch genehmigt wird. Außerdem sollen weitere 281.300 Mark, die bisher im Universitätschaushalt gesperrt waren, für die Schadensbeseitigung freigegeben werden. 100.000 Mark stellt das Ministerium als Soforthilfe aus Lottomitteln für die Reparatur und Begutachtung beschädigter Geräte zur Verfügung. Weitere Gelder sollen beantragt werden, wenn die Schadenssumme, die auf etwa 4 Millionen Mark geschätzt wird, exakt errechnet ist.

Außerdem stimmte das Ministerium einer Regelung zu, wonach solche wissenschaftliche Mitarbeiter, deren Forschungsarbeit

zum Teil vernichtet wurde, mit einer Verlängerung ihrer Dienst- und Arbeitsverhältnisse um ein halbes bis ein Jahr rechnen können.

Unterstützung wird die Universität auch bei ihren Verhandlungen mit den sogenannten Drittmitteleibern erhalten. Dabei geht es ebenfalls um die Ersetzung von zerstörten Geräten, die dem Bundesforschungsministerium, der DFG, dem Umweltbundesamt und VW-Stiftung gehörten, und um die Verlängerung von Forschungsprojekten.

Zur Verhandlung erklärte Präsident Dr. Horst Zilleßen, die Universität könne mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Trotz des großen immateriellen Schadens könnten die Forscher hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Gleichzeitig verwies Zilleßen darauf, daß allerdings grundsätzlich das Problem der Selbstversicherung durch das Land damit nicht gelöst sei. Entsprechend werde auf seine Initiative hin die Landeshochschulkonferenz beim Wissenschaftsminister vorstellig. gh

Ex-AStA-Vorsitzende darf nicht Lehrerin werden

Ebba van Ohlen-Linke, Gymnasiallehrerin und Absolventin der Einphasigen Lehrerausbildung an der Oldenburger Universität, wurde von der Bezirksregierung Weser-Ems aus politischen Gründen nicht in den Schuldienst des Landes Niedersachsen eingestellt.

Die Studienassessorin mit den Fächern Englisch und Politik hatte sich im März dieses Jahres einer Anhörung im Innenministerium in Hannover unterziehen müssen. In der Abteilung wird ihr jetzt von der Bezirksregierung vorgeworfen, sie habe sich nicht von der DKP distanziert, sondern sich zu ihr bekannt. Wenn die Bewerberin sich gleichzeitig zum Grundgesetz bekannt habe, so sei diese subjektive Überzeugung unerheblich, da die DKP für objektiv verfassungswidrig gehalten werde.

In einer ersten Stellungnahme des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität heißt es: „Wir verurteilen das Berufsverbot für die ehe-

malige AStA-Sprecherin ganz entschieden, weil sich gerade Ebba van Ohlen-Linke umfassend für die studentischen und hochschulpolitischen Belange an dieser Universität eingesetzt hat. Wir verurteilen es deshalb umso mehr, weil in diesem Fall gerade die Wahrnehmung verfassungsmäßiger Rechte und Pflichten als objektiv verfassungswidriges Verhalten ausgelegt wird.“ k

Dialog gefordert

Die Niedersächsische Landeshochschulkonferenz (LHK) hat jetzt das Wissenschaftsministerium aufgefordert, die dort angestellten Überlegungen über eine Fächerkonzentration der Lehrerausbildung an bestimmten Hochschulstandorten der Lehrerausbildung zu erörtern. Die vom Ministerium eingeleiteten Einzelmaßnahmen seien ohne eine entsprechende Gesamtkonzeption abzulehnen.

den Mark „eingefroren“ wird, sind zahlreiche Einschränkungen geplant worden: Ergänzungsstudiengänge, Absolventen des 2. Bildungsganges sind betroffen, die Elternfreibeträge werden nicht mehr angemessen berücksichtigt. Nach einer Stellungnahme des AStAs werden von der Novellierung besonders die Bezieher kleiner Einkommen und Absolventen des 2. Bildungsweges begünstigt. Die Intention, durch die BAFÖG-Zahlungen zu einer größeren Chancengleichheit zu kommen, würde wieder verringert. Konkret zeigt sich diese Tendenz bereits in einer sinkenden Zahl von Studenten, die aus

Arbeiterfamilien kommen. 1973/74 habe ihr Anteil noch 13 Prozent ausgemacht, jetzt beträgt er nur noch zehn Prozent. Der AStA sieht in der BAFÖG-Einschränkung ein Beispiel für die Reduzierung der Sozialausgaben zugunsten des Rüstungshaushaltes.

Auf heftige Kritik ist die BAFÖG-Novellierung auch beim niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Johann-Tönjes Cassens, gestoßen. Der Minister befürchtet, daß der „BAFÖG-Topf“ auf noch mehr Studenten verteilt werden muß, da geburtenstarke Jahrgänge vor den Universitäten ständen. k

„Wir wenden uns dagegen, daß der Streit um den Namen den Sinn der Namensgebung verdrängt“

Professor Dr. Schulenberg über die Haltung der Liste „Demokratische Hochschule“ zur Namensgebung der Universität

Am 27. Mai verabschiedete der Senat ein Grundsatzpapier zur künftigen Handhabung des Konfliktes zwischen Universität und Landesregierung bzw. Parlament um die Namensgebung der Hochschule nach Carl von Ossietzky (s. uni-info 11/81). Dieser Beschuß wurde nicht einstimmig gefaßt - erstmals bei einer so grundsätzlichen Entscheidung in diesen nunmehr siebenjährigen Auseinandersetzungen. Vier Professoren der „Demokratischen Hochschule“ stimmten gegen ihn und legten ein eigenes Papier vor, das wir nachfolgend abdrucken - ebenso wie einen Beitrag von Professor Dr. Wolfgang Schulenberg, in dem er die Haltung seiner Gruppe erläutert.

1. Die Universität bemüht sich um eine kontinuierliche besondere Förderung der inhaltlichen, wissenschaftlichen Beschäftigung und Auseinandersetzung mit Carl von Ossietzky, seinem Werk und deren historischen, sozialen und politischen Zusammenhänge (Lehre, Studium, Forschung, Dokumentationen, Editionen u.a.). Die Zusammenarbeit mit anderen Personen und Institutionen ist dabei zu unterstützen.

2. Der 4. Mai jedes Jahres, der Todestag Carl von Ossietzkys, ist an der Universität Oldenburg ‚dies academicus‘ (akademischer Feiertag). An ihm findet eine Fahrt zum ehemaligen Konzentrationslager Esterwegen mit einer Gedenkveranstaltung der Universität statt.

3. Die Punkte 1 und 2 gelten unabhängig von der Entwicklung in der Frage der Namensgebung.

4. In der Namensfrage wird die von der Universität herbeigeführte gerichtliche Entscheidung respektiert und auf weitere demonstrative Namensforderungen verzichtet.

5. Plakative und dekorative Benutzungen des Namens und der Abbildungen von Carl von Ossietzky werden künftig als Instrumentalisierungen abgelehnt.

6. Nach etwa fünf Jahren (Moratorium) wissenschaftlicher Arbeit und Aufklärung über Person und Werk Ossietzkys stellt die Universität in einer Reihe von besonderen Veranstaltungen (Vorträge, wiss. Kongresse, Publikationen, Ausstellungen, Symposien u.a.) die Bedeutung Ossietzkys und seines Wirkens in der Öffentlichkeit dar und führt eine intensive Auseinandersetzung darüber herbei. Dabei wird die Frage der Namensgebung unter breiter Beteiligung der Bevölkerung von Stadt und Region, der verantwortlichen Politiker und der gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen neu offen diskutiert, geprüft und in einem möglichst breiten öffentlichen Konsens endgültig entschieden.

Erläuterungen

Die Hochschullehrer der Universität Oldenburg, die der Liste Demokratische Hochschule angehören, haben im Dezember 1980 nach längeren Beratungen eine „Entschließung zur Würdigung Carl von Ossietzkys durch die Universität Oldenburg“ herausgegeben. Was soll diese Entschließung? Wo liegen die Gründe für diesen Schritt? Diese Fragen erfordern wegen der Bedeutung des Schrittes, aber auch angesichts mancher Mißverständnisse und Unterstellungen eine ausführliche Antwort. Zunächst sei gesagt, daß wir den ursprünglichen Sinn, für den der Name Ossietzkys stehen soll, befreien wollen

von der Belastung oder Verdrängung durch Vorgänge und Erscheinungen, die wir in der Form für unwürdig und in der Sache für schädlich halten. Es geht uns dabei nicht um die Suche nach Schuldigen. Vieles von dem, gegen das wir uns heute wenden, war einmal gut gemeint oder hat sich gedankenlos gespielt. Und die Frage an uns selbst, ob wir uns nicht rechtfertigen um diese Entwicklung hätten kümmern müssen, ist durchaus berechtigt.

Wir wenden uns dagegen, daß der Streit um den Namen den Sinn der Namensgebung verdrängt. Der Streit um den Namen erscheint oft wichtiger als der Name, und der Name wiederum wichtiger als das, worfir er steht. Und in manchen Fällen hat man den Eindruck, daß der Namensstreit inzwischen ein willkommenes Mittel für beliebige Angriffe auf politische Gegner geworden ist. Gewiß waren die düren Reaktionen der verschiedenen Minister und Landesregierungen auf den Namenswunsch der Universität keine Sternstunden politischen Handelns.

Das wissen viele der Verantwortlichen längst selbst. Damals hat die Enttäuschung in der Universität verständlicherweise Zorn und Polemik hervorgerufen. Aber auf diesen Konflikt fixiert zu bleiben, hieße, daß man den ursprünglichen Sinn der Namenswahl auf den Namensstreit reduziert. Sollten etwa alle Universitäten, die den Namen Ossietzkys nicht fordern, sich nicht mit seinem Werk und Schicksal, nicht mit dem Elend der Konzentrationslager, nicht mit der nationalsozialistischen Diktatur befassen? Natürlich meint das niemand. Dann aber müssen auch wir uns daran halten, daß es in der Hauptsache um diese Aufgaben geht, die sehr wohl unabhängig von der Namensgebung sind. Weil es von Bedeutung ist, daß unter den deutschen Hochschulen mit ihren vielgestaltigen Traditionen und Namenspatronen sich eine Universität ausdrücklich auf diesen Teil deutscher Geschichte bezieht, haben wir in der Entschließung unsere Vorschläge dazu vorangestellt.

Die beiden ersten Punkte unserer Entschließung sind fast wörtlich in das später erstellte Papier übernommen worden, das im Senat eine Mehrheit gefunden hat. Es enthält aber eine lange Reihe weiterer Anweisungen und Absichten. Wir meinen, daß für die sachlich-inhaltliche Arbeit die Aussagen unseres ersten Punktes völlig genügen: alles andere ist Sache der wissenschaftlichen Selbstverantwortung. Und als demonstrativen Akt schlagen wir allein einen jährlichen Gedenktag in Esterwegen vor. Er kann würdig und unmittelbar all die einzelnen demonstrativen Aktivitäten aufheben, die nur zu bald in Geschäftigkeit und Verschleiß umschlagen.

„Wozu sollen wir aber noch nach Esterwegen fahren, wenn wir nicht mehr den Namen fordern?“ Diese Frage einer Studentin zeigt in ihrer ehrlichen Empörung, in welchem Maße der Namensstreit sich verselbständigt hat. Daher halten wir an dritter Stelle in unserer Entschließung fest, daß eine Würdigung und kritische Vergegenwärtigung Carl von Ossietzkys und seiner Zeit nicht von der Namensgebung abhängig gemacht werden darf.

Der vierte Punkt unserer Entschließung bezieht sich auf den gescheiterten Versuch der Universität, den Namen vor Gericht einzuklagen. Rückblickend mag man zweifeln, ob dieser Schritt klug war. In der Linie des bisherigen Vorgehens war er konsequent. Die Namensforderung ist ja nicht aus einem inhaltlichen Diskussionsproß hervorgegangen, sondern sie wurde fertig präsentiert und bald schon mußte jeder, der grundsätzlich gegen eine solche personalisierende Benennung war (wofür es seit der Aufklärung gute Gründe gibt) oder gegen eben diesen Namen, damit rechnen, als Reaktionär beschimpft zu werden. Nach der Auf-

fassung, die Universität könnte sich ohne Rücksicht auf Umwelt und politischen Konsens selbst einen Namen geben, war es nur konsequent, auch dies äußerste formale Mittel zu nutzen, nämlich ihm mit Hilfe des Verwaltungsgerichts durchzusetzen. Wir hatten damals diesem Schritt nach eindringlichem Zögern zugestimmt, aber keinen Zweifel daran gelassen, daß dann auch die Konsequenzen des Ausgangs akzeptiert werden müßten. Als der Kanzler dem Konzil diese letzte Möglichkeit vorrug, hat er die Verbindlichkeit auch eines negativen Ausgangs nachdrücklich festgehalten.

Unsere Wendung gegen die Instrumentalisierungen des Namens und der Abbildungen Ossietzkys (Punkt 5) soll einer der ärgerlichsten Folgen der Namensforderung treffen. Es scheint so, als würde in bestimmten Gruppen der Universität aus dem Votum für den Namen ein schrankenloses Verfügungsrecht über Namen und Abbildungen abgeleitet. Name und Kopf Ossietzkys werden wie Warenzeichen vermarktet, und selbst bei üblichen Angriffen auf politisch Andersdenkende beruft man sich skrupello斯 auf Ossietzky. Verschlissene Bildchen von Ossietzky erscheinen in Micky-Mouse-

Manier auf den banalsten Papieren und an obskuren Stellen. Das alles mag einmal etwas mit Versuchen der Identifikation zu tun gehabt haben, inzwischen ist es in vielen Fällen objektiv schon eine Verhöhnung des Mannes. - Wir wissen natürlich, daß eine Entschließung weiteren Mißbrauch nicht verhindern kann, aber es wird Zeit, daß zwischen der seriösen Ossietzky-Diskussion und diesen Instrumentalisierungen ein klarer Strich gezogen wird.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts markiert das Ende des Weges, auf dem die Universität eher selbstherlich zu ihrem Namen kommen wollte - einem Namen, dessen Bedeutung auch ein ganz anderes Vorgehen erlaubt hätte. Man hätte zunächst von einer offenen Diskussion dessen ausgehen können, was dieser Mann bedeutet als Repräsentant demokratischer Kräfte der Weimarer Republik, als Gegner und Opfer des Nazismus, als Friedensnobelpreisträger und damit weltweit anerkannte Zeuge des anderen Deutschlands. Aus solchen intensiven Diskussionsprozessen in der Universität und im Lande hätte sich mit breitem Rückhalt die Namensforderung ergeben können. Ist diese Möglichkeit endgültig verloren? Wir weisen mit dem letz-

ten Punkt unserer Entschließung darauf hin, daß sich diese Möglichkeit wieder eröffnen ließe. Das setzt allerdings zwei Dinge voraus. Erstens brauchen wir eine mehrjährige Zwischenzeit für inhaltliche Arbeit und sachliche Gespräche ohne „politische Querulanz“, ohne Nadelstiche oder Paukenschläge (Moratorium). Diese Diskussion muß angemessen der großen Zahl neuer Mitglieder auch innerhalb der Universität offen geführt werden. Zweitens darf kein Zweifel an einer echten Offenheit der Diskussion bestehen, in der auch ein negativer Ausgang akzeptiert wird. Das sollte dann keineswegs bedeuten, daß die Universität ihre besondere Verbundenheit mit Carl von Ossietzky vernachlässigt, vielmehr gelten auch für diesen Fall ausdrücklich unsere Vorschläge am Anfang der Entschließung.

Auf den letzten Ossietzky-Tagen hat Morten Ruge in dem Bericht über seine KZ-Jahre gesagt, daß er sich als die Stimme zweier Freunde verstehe: Christian Bernhard Kinck und Jean Louis Lapierre, beide als KZ-Häftlinge umgekommen im Emsland. Auch sie gehören zu den vielen, die einen Anspruch darauf haben, nicht vergessen zu werden.

Wolfgang Schulenberg

10. Delegiertenkonferenz des BdWi

Vom 26. - 28. Juni 1981 fand an der Universität Oldenburg die 10. ordentliche Delegiertenkonferenz des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) statt. Die 60 Delegierten repräsentierten knapp 1900 Mitglieder in 30 Sektionen. Die internationale Verbundenheit des BdWi wurde in den Grußworten französischer Wissenschaftler betont, die die Gewerkschaften SNCS (Wissenschaftler in staatlichen Forschungsorganisationen) und UGIC (Ingenieure und Techniker) vertraten.

Aus den Berichten der einzelnen Sektionen wurde das unterschiedliche Spektrum der Bandbreite deutlich. In vielen Sektionen hat die Hochschulpolitik im engeren Sinne aufgrund der anders gelagerten hochschulpolitischen Konstellationen einen geringeren Stellenwert als in Oldenburg; der Schwerpunkt liegt zum Teil auf bestimmten inhaltlichen Aspekten des Wissenschaftsverständnisses. Auf der Ebene des Gesamtverbandes kommt dies in der Einrichtung mehrerer überregionaler Arbeitskreise und der Durchführung von Fachtagungen zum Ausdruck.

An dieser Entwicklung hat auch die Oldenburger Sektion durch die Organisation der Fachtagung „Demokratische Wissenschaft - Psychotherapeutische Praxis und Psychosoziale Versorgung“ mitgewirkt.

Weitere Fachtagungen fanden im vergangenen Jahr zu folgenden Themen statt:

Erziehungswissenschaftliche

Fachtagung in Kassel und „Psychiatrie und Deutscher Faschismus“ in Hannover.

In der letzten Zeit hat das rapide anwachsende Wettrennen, das qualitativ neue Dimensionen der Friedensbedrohung angenommen hat, auf Gesamtverbandsebene und in den Sektionen zu zahlreichen Aktivitäten im Rahmen der Friedensbewegung geführt. Mit dem neu gegründeten Arbeitskreis „Wissenschaftler für den Frieden“ will der BdWi sein Engagement in der Friedensbewegung koordinieren und durch die Bearbeitung folgender Schwerpunkte verstetigen:

Analysen der zunehmenden Verstrickung der Wissenschaften in Prozesse der Militarisierung; Wissenschaftliche Bearbeitung von Ursachen und Folgen der Kriegsgefahr; Zusammenarbeit mit bestehenden Wissenschaftlerinitiativen.

Die Notwendigkeit einer solchen Arbeit war bereits bei einer öffentlichen

Diskussionsveranstaltung „Wer bedroht den Frieden?“ mit dem Politologen Prof. Reinhard Kühnl, Marburg, und dem Mitglied des Direktoriats der DFG, Lorenz Knorr, betont worden. Auch der Präsident der Universität Oldenburg, Dr. Horst Zilleßen, nahm sich in seinem Grußwort dieses Themas an.

Den inhaltlichen Schwerpunkt bildete die Diskussion um ein neues Arbeitsprogramm, das im Laufe des nächsten Jahres erarbeitet werden soll. Das Aktionsprogramm von 1974 bedarf einer Überarbeitung, denn das darin zum Ausdruck kommende Selbstverständnis des BdWi ist durch die spezifischen Erfahrungen der ersten Hälfte der 70er Jahre und die damalige Reformdiskussion im Hochschul- und Bildungsbereich geprägt. Seitdem hat sich die gesellschafts- und hochschulpolitische Landschaft stark verändert; dem soll ein neues, aktualisiertes Arbeitsprogramm Rechnung tragen.

Von grundlegender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Neubestimmung der Aufgaben und Funktion des BdWi in der demokratischen Bewegung, die Konkretisierung des Verhältnisses zur Arbeiterbewegung, insbesondere zu den

Gewerkschaften, und die Einschätzung der „neuen sozialen Bewegungen“ sowie deren Bedeutung für die Entwicklung demokratischer Wissenschaftspolitik.

Einen Einstieg in die Diskussion des letztgenannten Aspekts gab Peter Brückner, der im Rahmen der Delegiertenkonferenz über „Protestbewegungen und demokratische Wissenschaft“ referierte.

In den überregionalen Arbeitskreisen, Fachkommissionen und Projektgruppen des BdWi werden z.T. ähnliche Fragen fach- bzw. problemorientiert diskutiert. Außerdem bereits erwähnte neuen Arbeitskreis „Wissenschaftler für den Frieden“ gibt es den Frauen- und Arbeitskreis, den AK Sozialarbeit,

Fachkommission Psychologie und die Projektgruppe Ökologie/Natur und Gesellschaft. Im Zusammenhang mit einer möglichen perspektivischen Gewichtsverlagerung in Richtung auf Kooperation mit und Dienstleistungen für die „neuen sozialen Bewegungen“ erhält das alte Ziel des BdWi eine neue Bedeutung, stärker auch Wissenschaftler in außeruniversitären Bereichen in die Verbandsarbeit einzubeziehen.

Weitere für das nächste Jahr geplante Fachtagungen sollen diese Aufgabe realisieren helfen:

- Fachtagung „demokratische Kulturarbeit“ 30.10. - 1.11.81 in Heidelberg

„Umweltwissenschaft - Umweltpolitik, Positionen-Ergebnisse-Perspektiven“, 18. - 20. Nov. 81 in Marburg - Sportwissenschaft (Frühjahr 1982)

- Die berufliche Situation der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in der Bundesrepublik (7. - 9. Mai 1982 in Duisburg).

Bei den Neuwahlen zum Bundesvorstand des BdWi wurde Irene Pieper-Seier aus Oldenburg, Hochschullehrerin im Fachbereich Mathematik, in den engeren Bundesvorstand gewählt.



BHW
Bausparkasse
für den öffentlichen Dienst

DAMIT ES BEIM BAUEN VORWÄRTS GEHT.
Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, 3250 Hameln

Beratungsstelle:
2900 Oldenburg, Bahnhofsplatz 4
Fernruf (0441) 2588/89

Personalabbau:

Universität soll zehn Stellen streichen

Scharfer Protest an das Wissenschaftsministerium

Die Universität wurde vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK) angewiesen, für das Haushaltsjahr 1982 auf insgesamt zehn Stellen zu verzichten. Gegen diese Erlasse hat der Senat der Universität mit einem scharfen Protest bei der Landesregierung reagiert.

Zu Beginn des Jahres 1981 waren der Universität sieben dringend benötigte Stellen gekürzt worden. Dabei handelte es sich um zwei wissenschaftliche Assistenten in den Fächern Pädagogik und Mathematik, die im Haushalt eigentlich schon gesichert waren, sowie um zwei Hochschullehrerstellen für Literaturwissenschaften und Wirtschaftsrecht und um drei Angestellten-Stellen für die Bereiche Studienberatung, Geomikrobiologie und Bibliothek, die für den Haushalt 1981 vorgesehen waren. Weitere Kürzungen im Bereich der Sachmittel betreffen vor allem die Ausgaben für die Forschung und Lehre, für die Verwaltung und mehrere Zentrale Einrichtungen der Universität.

Eine neuerliche Kürzungsaufforderung des Wissenschaftsministeriums bezieht sich auf zwei Stellen wissenschaftlicher Assistenten im Fach Pädagogik und um eine Stelle im Fach Arbeitslehre/Polytechnik. Bereits aus Anlaß der ersten Stellenkürzungen hatte der Senat unter Hinweis auf die angespannte Personalsituation der noch in ihrer Entwicklung befindlichen Universität auf die schwerwiegenden Folgen solcher Maßnahmen hingewiesen; der Stellenabbau mehrte die Zweifel an der Bereitschaft der Landesregierung, so der Senat damals, „in Oldenburg eine Universität mit einem Ausstattungsstandard zu errichten, der mit dem anderer Universitäten vergleichbar ist.“

In einem Schreiben an den Wissenschaftsminister bekräftigte der Präsident der Universität, Dr. Horst Zilleßen, die seinerzeit geäußerte Kritik des Senats. Die erneuten Stellenrei-

chungen würden künftig die Stellen- und Aufgabengeschäftigung der Universität noch weiter auseinanderklaffen lassen. Dies umso mehr, als der anhaltend starke Anstieg der Studentenzahlen ohne die erforderlichen zusätzlichen Haushaltssittel verkraftet werden müsse. Überdies belaste eine Reihe von Umständen, die von der Universität nicht zu verantworten seien, diese mit zusätzlichen Anforderungen personeller Art:

- der verzögerte Hochschulausbau erfordere eine Reihe von personal- und zeitaufwendigen Zwischenlösungen, z.B. Anmietungen, verbunden mit zusätzlichem Planungs- und Herstellungsaufwand;
- für Gebäudeunterhaltung und Betriebstechnik der im Herbst 1982 bezugsfertigen Neubauten seien bereits

im Rahmen des der Universität zugestandenen Stellenkontingents vom MWK zu wenig Stellen bewilligt worden;

- die Neufassung von Prüfungsordnungen im Lehramtsbereich erfordere die Bereitstellung von zusätzlichem Lehrangebot, ohne daß hierfür entsprechend mehr Lehrpersonal zur Verfügung gestellt werde.

Kritisiert wird auch das vom MWK gewählte Verfahren, das von den zufällig an einem Stichtag freien oder freiwerdenden Stellen ausgeht. Dadurch werde, wenn schon die Kürzungen unumgänglich seien, der Universität die Möglichkeit genommen, diese nach systematischen, d.h. im Einklang mit den mittelfristigen Zielen der Universität stehenden Kriterien vorzunehmen. jb

Japanische Kalligraphie



„Japanische Kalligraphie der Gegenwart“ zeigt das Oldenburger Stadtmuseum vom 23. bis 30. August 1981. Dieser neue Schritt, fernöstliche Kultur und Kunst in Oldenburg bekannt zu machen, geht auf das Engagement von Professor Dr. Horst E. Wittig zurück, der an der Universität das Fach Pädagogik vertritt und zur Zeit eine Gastprofessor an der Staatlichen Universität Matsumoto in Japan lehrt.

Die Ausstellung wurde von der Künstlergruppe „Tokyo Times Shodo-kai“ zusammengestellt, die von

der japanischen Tageszeitung Tokyo Times gefördert wird. Museumsdirektor Dr. W. Gilly wird am Sonntag, 23. August, 11. Uhr, zur Eröffnung eine Einführung in die Kunst der Kalligraphie geben.

Als weiteren Höhepunkt konnte Prof. Wittig ein Konzert mit altjapanischer Musik arrangieren. Es spielt ein Koto-Orchester mit Bambusflöten. Auch diese Veranstaltung wird im Stadtmuseum sein.

Bereits im vergangenen Jahr hatte Wittig japanische Kunstreisen in Oldenburg, Leer und Bad Zwischenahn ausgestellt und dabei große Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden.

Der Hochschullehrer sieht den Hintergrund seines privaten, mit hohen Kosten verbundenen Engagements in dem Bemühen, nicht nur Interesse für die japanische Kultur – neben der Kalligraphie und der Musik auch Ikebana, Tanz und Teezeremonie – zu wecken, sondern den Anstoß zu vielfältigeren Beziehungen zwischen der Nordwest-Region der Bundesrepublik und seiner japanischen „Heimat“ zu geben. k

Keine KMK-Restriktionen für ausländische Studenten

Praktisch ohne Auswirkung auf die Zulassung ausländischer Studenten an der Universität Oldenburg bleibt die durch einen Erlaß des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst (MWK) vorgeschriebene Anwendung von Zulassungsrichtlinien, die im Frühjahr von der Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen worden war. Die in dem Erlaß eingeräumten Übergangsbestimmungen erlauben der Universität in einem Großteil der Fälle die Beibehaltung des bisher praktizierten Zulassungsverfahrens.

Große Empörung hatte der Beschuß der KMK nicht nur bei den betroffenen Ausländern, sondern auch bei vielen Hochschulen und Verbänden im Bildungswesen ausgelöst. Durch den KMK-Beschluß war die Zulassungspraxis dahingehend verändert worden, daß künftig Studenten aus der Türkei, dem Iran und Griechenland neben dem Abschlußzeugnis einer Sekundarschule zusätzlich den Nachweis einer in diesen Ländern zentral durchgeführten Hochschulzulassungsprüfung sowie die Immatrikulationsbescheinigung einer Hochschule des Herkunftslandes

vorzulegen hätten. Studenten aus Indonesien wurde eine Echtheitsbescheinigung für ihre Zeugnisse, ausgestellt vom indonesischen Bildungsministerium, abverlangt, das zusätzlich mit einem Vermerk über die Unbedenklichkeit des Auslandsstudiums versehen werden sollte.

Die Kritik an dieser Neuregelung konzentrierte sich vor allem darauf, daß damit Studenten aus Ländern getroffen werden, in denen Verfolgungen politisch unliebsamer Regimekritiker an der Tagesordnung sind, so etwa in der Türkei, im Iran und in Indonesien. Durch die Regelung würde den dortigen Behörden ein Instrument zusätzlicher Repression in die Hand gegeben. Hinzu kommt, daß in diesen Ländern die Hochschulen nur zu einem geringen Teil den Schulabgängern Platz bieten bzw. im Iran seit zwei Jahren gänzlich geschlossen sind.

Auch der Senat der Universität Oldenburg hatte seinerzeit gegen den KMK-Beschluß protestiert und beschlossen, ihn nicht anzuwenden. Neben den genannten Gründen wurde vom Senat darauf verwiesen, daß die deutschen Hochschulen sich praktisch eines wichtigen Teils ihrer Autonomie begäben, wenn sie sich bei der Zulassung an der Zulassungspraxis des jeweiligen Herkunftslandes orientierten, aus denen Immatrikulationsnachweise verlangt werden. Zudem bestehe bei Studenten und Wissenschaftlern ein hohes Interesse daran, daß Ausländer an deutschen Hochschulen studieren, denn erst der unmittelbare Kontakt mit den ausländischen Kommilitonen erlaube die so wichtige Vermittlung von Problemen aus deren Heimatländern in Lehre und Forschung in Deutschland.

Das Problem der KMK-Empfehlung wurde sowohl von der Niedersächsischen Landeshochschulkonferenz als auch von der Westdeutschen Rektorenkonferenz behandelt. Dabei wurde ein Teil der geschilderten Kritik übernommen; insbesondere wurde bemängelt, daß die Kultusminister wieder einmal – ohne vorherige Anhörung der betroffenen Hochschulen so weitreichende Beschlüsse gefaßt hätten. Es wurde beschlossen, eine Revision dieser Zulassungsneuregelung sowie Übergangsbestimmungen für die Zulassung zum Wintersemester 81/82, wie sie jetzt vom MWK zugestanden wurden, zu fordern. Im Rahmen des jetzt abgeschlossenen Zulassungsverfahrens an der Universität Oldenburg wurden insgesamt 626 Zulassungsanträge bearbeitet, davon werden 95 Bewerber überwiegend aus Ländern der „Dritten Welt“ an das Niedersächsische Studienkolleg in Hannover gemeldet, wo sie sich nach bestandener Zugangsprüfung ein Jahr auf das Studium an einer deutschen Hochschule vorbereiten müssen. Erst wenn sie nach diesem Jahr die sogenannte „Feststellungsprüfung“ bestanden haben, erwerben sie das Recht, ein bestimmtes Fach in Deutschland zu studieren. Erstmals wurden zum Wintersemester 1981/82 bei der Zulassung von ausländischen Studienbewerbern einheimisch Beschuß des Senats entsprechend Mindestnoten für Bewerber aus dem Iran, der Türkei und Griechenland zugrunde gelegt. Dieses Verfahren, das an anderen Hochschulen bereits seit mehreren Jahren praktiziert wird, hat sich als erforderlich zur Bewältigung der großen Zahl von Zulassungsanträgen erwiesen. jb

Neue Bezeichnungen für Fachbereiche

Der Senat hat auf seiner Sitzung im Juli die Bezeichnung der Fachbereiche zum Teil geändert. Nachfolgend die nun offiziell gültigen Bezeichnungen:

- Fachbereich 1 „Pädagogik“
- Fachbereich 2 „Kommunikation/Asthetik“
- Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“

- Fachbereich 4 „Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“
- Fachbereich 5 „Philosophie, Psychologie, Sportwissenschaft“
- Fachbereich 6 „Mathematik/Informatik“
- Fachbereich 7 „Biologie“
- Fachbereich 8 „Physik“
- Fachbereich 9 „Chemie“

Alle Dekane gewählt

Die Wahl der neuen Dekane wurde inzwischen in allen neun konstituierten Fachbereichen der Universität abgeschlossen. In uni-info 11/81 wurden bereits sechs Dekane vorgestellt. An dieser Stelle folgen die Kurzbiographien der Vorsitzenden für die Fachbereiche 2 (Kommunikation/Asthetik), 3 (Sozialwissenschaften) und 4 (Wirtschafts- und Rechtswissenschaften).

FB Kommunikation/Asthetik

Professor Dr. Dieter Kimpel (39), wissenschaftlicher Arbeitsbereich: Kunst- und Architekturgeschichte, Studium in Bonn und Paris, Promotion 1970 zur Architektur und Skulptur der Hochgotik, Stipendiat des Landes Nordrhein-Westfalen am Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München, Assistenz am Institut für Kunstgeschichte der Technischen Universität München, seit 1979 Hochschullehrer in Oldenburg.

FB Sozialwissenschaften

Professor Dr. Walter Siebel (42), wissenschaftlicher Arbeitsbereich: Soziologie mit dem Schwerpunkt der Stadt- und Regionalsociologie, Studium in Aachen, Bonn, New York, Frankfurt/M., 1967 bis 1968 Sigmund Freud-Institut, 1969 bis 1972 Soziologisches Institut der TH Darmstadt, 1972 bis 1975 Institut Wohnen und Umwelt, verteilungstheorie. k

seit 1975 Hochschullehrer in Oldenburg, Aufbau einer Arbeitsgruppe Stadtforschung mit derzeitigen Schwerpunkten in Bedürfnisforschung und informeller Ökonomie.

FB Wirtschafts- und Rechtswissenschaften

Professor Dr. Wolfgang Pfaffenberger (40), wissenschaftlicher Arbeitsbereich: Volkswirtschaftslehre (Allgemeine Wirtschaftspolitik), Studium in Berlin, München und Kiel, Promotion mit einer Arbeit über Wohlstandskriterien für die Wirtschaftsplanning (1970), 1969 bis 1971 Auslandsaufenthalt in Birmingham, seit 1971 Assistantprofessor in Berlin, 1975 in Oldenburg zum Professor ernannt, Arbeitschwerpunkt: Energiewirtschaft und Verteilungstheorie.



Kurz notiert

An der Universität Oxford können qualifizierte deutsche Studenten in den akademischen Jahren 1982 bis 1984 mit dem „Michael Foster-Stipendium“ studieren, wenn sie beabsichtigen, nach ihrem deutschen Staatsexamen noch einen akademischen Grad in Oxford zu erwerben. Bewerbungsunterlagen sind bei Johannes Buchrucker (Raum A 210) zu erhalten.

„Medien für Studium, Lehre und Forschung - Perspektiven zur Arbeit von Medienzentren in den 80er Jahren“ ist eine Tagung am 1. bis 3. Oktober 1981 im Audiovisuellen Medienzentrum der Gesamthochschule Essen überschrieben. Mehrere Vorträge und verschiedene Workshops sind geplant. Nähere Auskünfte erteilt das Audiovisuelle Medienzentrum, Universität Essen-GH, Universitätsstraße 12, 4300 Essen 1.

Der „Krefelder Appell“ wird in einem Aufruf der GEW-Fachgruppe Hochschulen an der Oldenburger Universität begrüßt. Es wird dazu aufgerufen, mit dem Appell die Bundesregierung aufzufordern, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“. In dem Aufruf der GEW-Fachgruppe heißt es zur Begründung weiter: „Die Gefahr eines Atomkrieges in Europa wird immer größer. Trotz vieler Widerstände soll der sogenannte „Nachrüstungs-Beschluß der NATO vom 12.12.1979 durchgesetzt werden, nach dem noch mehr und qualitativ neuartige Atomraketen in Westeuropa stationiert werden sollen.“ Für unser Land bedeutet diese Strategie des „begrenzten Atomkriegs“ die völlige Vernichtung.“

Für unser Land bedeutet diese Strategie des „begrenzten Atomkriegs“ die völlige Vernichtung.“

WÖLTJE
Oldenburg

Tel. 40 44 04

Echte Spiegelreflex-System-Kamera. 24 x 36 mm mit Schlitzverschluß, 1 Sek. bis 1/1000 Sek. TTL-Lichtmessung und Fresnellinse mit Meßkeilen u. Mikrorasterring. Internationales M 42-Gewinde.

WÖLTJE: Der schnelle Weg zum guten Bild!

Heiligegeiststr. 6, Lange Str. 20, Achternstr. 34

PRAKTIKA SUPER TL 1000
 Mit Domiplan 2,8/50 mm
 WÖLTJE-Tiefpreis nur **199,-**
 Bereitschaftstasche (obligatorisch) 38,-

WÖLTJE: Tiefpreis-Garantie!

Zur Komplettierung dieses Objektiv-Set
Weitw. 2,8/28 kpl. nur 199,-
+ Tele 2,8/135

Telekanonen enorm preiswert:
 5,6/300 nur 159,- 8,0/500 nur 199,-
 6,3/400 nur 179,- Alles für T 2-Adapter

WÖLTJE: Kauf ohne Risiko

Alles teurer?
 Nicht bei WÖLTJE!!

Personalabbau:

Universität soll zehn Stellen streichen

Scharfer Protest an das Wissenschaftsministerium

Die Universität wurde vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK) angewiesen, für das Haushaltsjahr 1982 auf insgesamt zehn Stellen zu verzichten. Gegen diese Erlasse hat der Senat der Universität mit einem scharfen Protest bei der Landesregierung reagiert.

Zu Beginn des Jahres 1981 waren der Universität sieben dringend benötigte Stellen gekürzt worden. Dabei handelte es sich um zwei wissenschaftliche Assistenten in den Fächern Pädagogik und Mathematik, die im Haushalt eigentlich schon gesichert waren, sowie um zwei Hochschullehrerstellen für Literaturwissenschaften und Wirtschaftsrecht und um drei Angestellten-Stellen für die Bereiche Studienberatung, Geomikrobiologie und Bibliothek, die für den Haushalt 1981 vorgesehen waren. Weitere Kürzungen im Bereich der Sachmittel betreffen vor allem die Ausgaben für die Forschung und Lehre, für die Verwaltung und mehrere Zentrale Einrichtungen der Universität.

Eine neuerliche Kürzungsaufforderung des Wissenschaftsministeriums bezieht sich auf zwei Stellen wissenschaftlicher Assistenten im Fach Pädagogik und um eine Stelle im Fach Arbeitslehre/Polytechnik. Bereits aus Anlaß der ersten Stellenkürzungen hatte der Senat unter Hinweis auf die angespannte Personalsituation der noch in ihrer Entwicklung befindlichen Universität auf die schwerwiegenden Folgen solcher Maßnahmen hingewiesen; der Stellenabbau mehrte die Zweifel an der Bereitschaft der Landesregierung, so der Senat damals, „in Oldenburg eine Universität mit einem Ausstattungsstandard zu errichten, der mit dem anderer Universitäten vergleichbar ist.“

In einem Schreiben an den Wissenschaftsminister bekräftigte der Präsident der Universität, Dr. Horst Zilleßen, die seinerzeit geäußerte Kritik des Senats. Die erneuten Stellenrei-

chungen würden künftig die Stellen- und Aufgabenentwicklung der Universität noch weiter auseinanderklaffen lassen. Dies umso mehr, als der anhaltend starke Anstieg der Studentenzahlen ohne die erforderlichen zusätzlichen Haushaltssmittel verkraftet werden müsse. Überdies belaste eine Reihe von Umständen, die von der Universität nicht zu verantworten seien, diese mit zusätzlichen Anforderungen personeller Art:

- der verzögerte Hochschulausbau erfordere eine Reihe von personal- und zeitaufwendigen Zwischenlösungen, z.B. Anmietungen, verbunden mit zusätzlichem Planungs- und Herstellungsaufwand;
- für Gebäudeunterhaltung und Betriebstechnik der im Herbst 1982 bezugsfertigen Neubauten seien bereits

im Rahmen des der Universität zugestandenen Stellenkontingents vom MWK zu wenig Stellen bewilligt worden;

- die Neufassung von Prüfungsordnungen im Lehramtsbereich erfordere die Bereitstellung von zusätzlichem Lehrangebot, ohne daß hierfür entsprechend mehr Lehrpersonal zur Verfügung gestellt werde.

Kritisiert wird auch das vom MWK gewählte Verfahren, das von den zufällig an einem Stichtag freien oder freiwerdenden Stellen ausgeht. Dadurch werde, wenn schon die Kürzungen unumgänglich seien, der Universität die Möglichkeit genommen, diese nach systematischen, d.h. im Einklang mit den mittelfristigen Zielen der Universität stehenden Kriterien vorzunehmen. jb

Japanische Kalligraphie



„Japanische Kalligraphie der Gegenwart“ zeigt das Oldenburger Stadtmuseum vom 23. bis 30. August 1981. Dieser neue Schritt, fernöstliche Kultur und Kunst in Oldenburg bekannt zu machen, geht auf das Engagement von Professor Dr. Horst E. Wittig zurück, der an der Universität das Fach Pädagogik vertritt und zur Zeit eine Gastprofessor an der Staatlichen Universität Matsumoto in Japan lehrt.

Die Ausstellung wurde von der Künstlergruppe „Tokyo Times Shodo-kai“ zusammengestellt, die von

der japanischen Tageszeitung Tokyo Times gefördert wird. Museumsdirektor Dr. W. Gilly wird am Sonntag, 23. August, 11. Uhr, zur Eröffnung eine Einführung in die Kunst der Kalligraphie geben.

Als weiteren Höhepunkt konnte Prof. Wittig ein Konzert mit altjapanischer Musik arrangieren. Es spielt ein Koto-Orchester mit Bambusflöten. Auch diese Veranstaltung wird im Stadtmuseum sein.

Bereits im vergangenen Jahr hatte Wittig japanische Kunstreisen in Oldenburg, Leer und Bad Zwischenahn ausgestellt und dabei große Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden.

Der Hochschullehrer sieht den Hintergrund seines privaten, mit hohen Kosten verbundenen Engagements in dem Bemühen, nicht nur Interesse für die japanische Kultur – neben der Kalligraphie und der Musik auch Ikebana, Tanz und Teezeremonie – zu wecken, sondern den Anstoß zu vielfältigeren Beziehungen zwischen der Nordwest-Region der Bundesrepublik und seiner japanischen „Heimat“ zu geben. k

Keine KMK-Restriktionen für ausländische Studenten

Praktisch ohne Auswirkung auf die Zulassung ausländischer Studenten an der Universität Oldenburg bleibt die durch einen Erlaß des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst (MWK) vorgeschriebene Anwendung von Zulassungsrichtlinien, die im Frühjahr von der Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen worden war. Die in dem Erlaß eingeräumten Übergangsbestimmungen erlauben der Universität in einem Großteil der Fälle die Beibehaltung des bisher praktizierten Zulassungsverfahrens.

Große Empörung hatte der Beschuß der KMK nicht nur bei den betroffenen Ausländern, sondern auch bei vielen Hochschulen und Verbänden im Bildungswesen ausgelöst. Durch den KMK-Beschluß war die Zulassungspraxis dahingehend verändert worden, daß künftig Studenten aus der Türkei, dem Iran und Griechenland neben dem Abschlußzeugnis einer Sekundarschule zusätzlich den Nachweis einer in diesen Ländern zentral durchgeführten Hochschulzulassungsprüfung sowie die Immatrikulationsbescheinigung einer Hochschule des Herkunftslandes

vorzulegen hätten. Studenten aus Indonesien wurde eine Echtheitsbescheinigung für ihre Zeugnisse, ausgestellt vom indonesischen Bildungsministerium, abverlangt, das zusätzlich mit einem Vermerk über die Unbedenklichkeit des Auslandsstudiums versehen werden sollte.

Die Kritik an dieser Neuregelung konzentrierte sich vor allem darauf, daß damit Studenten aus Ländern getroffen werden, in denen Verfolgungen politisch unliebsamer Regimekritiker an der Tagesordnung sind, so etwa in der Türkei, im Iran und in Indonesien. Durch die Regelung würde den dortigen Behörden ein Instrument zusätzlicher Repression in die Hand gegeben. Hinzu kommt, daß in diesen Ländern die Hochschulen nur zu einem geringen Teil den Schulabgängern Platz bieten bzw. im Iran seit zwei Jahren gänzlich geschlossen sind.

Auch der Senat der Universität Oldenburg hatte seinerzeit gegen den KMK-Beschluß protestiert und beschlossen, ihn nicht anzuwenden. Neben den genannten Gründen wurde vom Senat darauf verwiesen, daß die deutschen Hochschulen sich praktisch eines wichtigen Teils ihrer Autonomie begäben, wenn sie sich bei der Zulassung an der Zulassungspraxis des jeweiligen Herkunftslandes orientierten, aus denen Immatrikulationsnachweise verlangt werden. Zudem bestehe bei Studenten und Wissenschaftlern ein hohes Interesse daran, daß Ausländer an deutschen Hochschulen studieren, denn erst der unmittelbare Kontakt mit den ausländischen Kommilitonen erlaube die so wichtige Vermittlung von Problemen aus deren Heimatländern in Lehre und Forschung in Deutschland.

Das Problem der KMK-Empfehlung wurde sowohl von der Niedersächsischen Landeshochschulkonferenz als auch von der Westdeutschen Rektorenkonferenz behandelt. Dabei wurde ein Teil der geschilderten Kritik übernommen; insbesondere wurde bemängelt, daß die Kultusminister wieder einmal – ohne vorherige Anhörung der betroffenen Hochschulen so weitreichende Beschlüsse gefaßt hätten. Es wurde beschlossen, eine Revision dieser Zulassungsneuregelung sowie Übergangsbestimmungen für die Zulassung zum Wintersemester 81/82, wie sie jetzt vom MWK zugestanden wurden, zu fordern. Im Rahmen des jetzt abgeschlossenen Zulassungsverfahrens an der Universität Oldenburg wurden insgesamt 626 Zulassungsanträge bearbeitet, davon werden 95 Bewerber überwiegend aus Ländern der „Dritten Welt“ an das Niedersächsische Studienkolleg in Hannover gemeldet, wo sie sich nach bestandener Zugangsprüfung ein Jahr auf das Studium an einer deutschen Hochschule vorbereiten müssen. Erst wenn sie nach diesem Jahr die sogenannte „Feststellungsprüfung“ bestanden haben, erwerben sie das Recht, ein bestimmtes Fach in Deutschland zu studieren. Erstmals wurden zum Wintersemester 1981/82 bei der Zulassung von ausländischen Studienbewerbern einheimisch Beschuß des Senats entsprechend Mindestnoten für Bewerber aus dem Iran, der Türkei und Griechenland zugrunde gelegt. Dieses Verfahren, das an anderen Hochschulen bereits seit mehreren Jahren praktiziert wird, hat sich als erforderlich zur Bewältigung der großen Zahl von Zulassungsanträgen erwiesen. jb

Neue Bezeichnungen für Fachbereiche

Der Senat hat auf seiner Sitzung im Juli die Bezeichnung der Fachbereiche zum Teil geändert. Nachfolgend die nun offiziell gültigen Bezeichnungen:

- Fachbereich 1 „Pädagogik“
- Fachbereich 2 „Kommunikation/Asthetik“
- Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“

- Fachbereich 4 „Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“
- Fachbereich 5 „Philosophie, Psychologie, Sportwissenschaft“
- Fachbereich 6 „Mathematik/Informatik“
- Fachbereich 7 „Biologie“
- Fachbereich 8 „Physik“
- Fachbereich 9 „Chemie“

Alle Dekane gewählt

Die Wahl der neuen Dekane wurde inzwischen in allen neun konstituierten Fachbereichen der Universität abgeschlossen. In uni-info 11/81 wurden bereits sechs Dekane vorgestellt. An dieser Stelle folgen die Kurzbiographien der Vorsitzenden für die Fachbereiche 2 (Kommunikation/Asthetik), 3 (Sozialwissenschaften) und 4 (Wirtschafts- und Rechtswissenschaften).

FB Kommunikation/Asthetik

Professor Dr. Dieter Kimpel (39), wissenschaftlicher Arbeitsbereich: Kunst- und Architekturgeschichte, Studium in Bonn und Paris, Promotion 1970 zur Architektur und Skulptur der Hochgotik, Stipendiat des Landes Nordrhein-Westfalen am Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München, Assistenz am Institut für Kunstgeschichte der Technischen Universität München, seit 1979 Hochschullehrer in Oldenburg.

FB Sozialwissenschaften

Professor Dr. Walter Siebel (42), wissenschaftlicher Arbeitsbereich: Soziologie mit dem Schwerpunkt der Stadt- und Regionalsociologie, Studium in Aachen, Bonn, New York, Frankfurt/M., 1967 bis 1968 Sigmund Freud-Institut, 1969 bis 1972 Soziologisches Institut der TH Darmstadt, 1972 bis 1975 Institut Wohnen und Umwelt, verteilungstheorie. k

seit 1975 Hochschullehrer in Oldenburg, Aufbau einer Arbeitsgruppe Stadtforschung mit derzeitigen Schwerpunkten in Bedürfnisforschung und informeller Ökonomie.

FB Wirtschafts- und Rechtswissenschaften

Professor Dr. Wolfgang Pfaffenberger (40), wissenschaftlicher Arbeitsbereich: Volkswirtschaftslehre (Allgemeine Wirtschaftspolitik), Studium in Berlin, München und Kiel, Promotion mit einer Arbeit über Wohlstandskriterien für die Wirtschaftsplanning (1970), 1969 bis 1971 Auslandsaufenthalt in Birmingham, seit 1971 Assistantprofessor in Berlin, 1975 in Oldenburg zum Professor ernannt, Arbeitschwerpunkt: Energiewirtschaft und Verteilungstheorie.

Kurz notiert

An der Universität Oxford können qualifizierte deutsche Studenten in den akademischen Jahren 1982 bis 1984 mit dem „Michael Foster-Stipendium“ studieren, wenn sie beabsichtigen, nach ihrem deutschen Staatsexamen noch einen akademischen Grad in Oxford zu erwerben. Bewerbungsunterlagen sind bei Johannes Buchrucker (Raum A 210) zu erhalten.

„Medien für Studium, Lehre und Forschung - Perspektiven zur Arbeit von Medienzentren in den 80er Jahren“ ist eine Tagung am 1. bis 3. Oktober 1981 im Audiovisuellen Medienzentrum der Gesamthochschule Essen überschrieben. Mehrere Vorträge und verschiedene Workshops sind geplant. Nähere Auskünfte erteilt das Audiovisuelle Medienzentrum, Universität Essen-GH, Universitätsstraße 12, 4300 Essen 1.

Der „Krefelder Appell“ wird in einem Aufruf der GEW-Fachgruppe Hochschulen an der Oldenburger Universität begrüßt. Es wird dazu aufgerufen, mit dem Appell die Bundesregierung aufzufordern, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“. In dem Aufruf der GEW-Fachgruppe heißt es zur Begründung weiter: „Die Gefahr eines Atomkrieges in Europa wird immer größer. Trotz vieler Widerstände soll der sogenannte „Nachrüstungs-Beschluß der NATO vom 12.12.1979 durchgesetzt werden, nach dem noch mehr und qualitativ neuartige Atomraketen in Westeuropa stationiert werden sollen.“ Für unser Land bedeutet diese Strategie des „begrenzten Atomkriegs“ die völlige Vernichtung.“

wöltje

Tel. 40 44 04

Echte Spiegelreflex-System-Kamera. 24 x 36 mm mit Schlitzverschluß, 1 Sek. bis 1/1000 Sek. TTL-Lichtmessung und Fresnellinse mit Meßkeilen u. Mikrorasterring. Internationales M 42-Gewinde.

WÖLTJE: Der schnelle Weg zum guten Bild!

PRAKТИКА SUPER TL 1000
Mit Domiplan 2,8/50 mm
WÖLTJE-Tiefpreis nur 199,-

Bereitschaftstasche (obligatorisch) 38,-

Zur Komplettierung dieses Objektiv-Set

Weitw. 2,8/28 kpl. nur 199,-
+ Tele 2,8/135

Telekanonen enorm preiswert:
5,6/300 nur 159,- 8,0/500 nur 199,-
6,3/400 nur 179,- Alles für T 2-Adapter

PRAKТИКА TL 1000

Alles teurer?
Nicht bei WÖLTJE!!

Terminplan WS 1981/82

Für das Wintersemester 1981/82 beschloß der Senat folgenden Terminplan. Die Sitzungen liegen alle am Mittwoch. Die Termine der Zentralen Gremien beginnen in der Regel um 9.00 Uhr.

14.10.81	Senat
21.10.81	BK u. a. Sken
28.10.81	ZSK/FBR
4.11.81	HPK
11.11.81	Senat
25.11.81	BK u. a. Sken
2.12.81	ZSK/FBR
9.12.81	HPK
16.12.81	Senat
6. 1.82	BK u. a. Sken
13. 1.82	ZSK/FBR
20. 1.82	HPK
27. 1.82	Senat
3. 2.82	BK u. a. Sken
10. 2.82	ZSK/FBR
17. 2.82	HPK
24. 2.82	Senat
3. 3.82	BK u. a. Sken
10. 3.82	ZSK/FBR
17. 3.82	HPK
24. 3.82	Senat

Abkürzungen: PK = Haushalts- und Planungskommission
ZSK = Zentrale Studienkommission
FBR = Fachbereichsräte
BK = Baukommission
Sken = Senatskommissionen

Zitat

„Der Numerus Clausus ist die Regelung, nach der Studenten nur noch beschränkt zum Studium zugelassen werden.“

Dieter Hildebrandt, 1. Fernseh-Programm am 14.5.

R. Pethig

Glosse

Die Studienkommission (alten Typs) Diplom-Wirtschaftswissenschaften hat Anträge auf selbständige Lehre (Lehraufträge) auch für solche wissenschaftlichen Mitarbeiter befürwortet, die „mehr oder weniger frisch aus dem Examen“ kürzlich neu eingestellt worden sind. Nachstehend berichten wir mithilfe eines Vorab-Protokollsatzes aus dem Jahre 1982 über die Weiterentwicklung dieses hochschulpolitisch bedeutsamen Beschlusses.

Auf ihrer gestrigen Sitzung hat die Studienkommission Diplom-Wirtschaftswissenschaften bei einer Ge-gemstimme folgenden Beschluß gefaßt: Jeder Studierende, der einen studienbegleitenden Leistungsnachweis nach § 30 oder § 32 der Diplom-Prüfungsordnung erworben hat, ist ab sofort berechtigt, jedem anderen Studierenden, dem dieser Leistungsnachweis noch fehlt, einen solchen auszustellen.

Voraussetzung ist allerdings Erfahrung in der Lehre; diese gilt als nachgewiesen, wenn der Student glaubhaft versichert, er selbst könne die Lehrveranstaltungen mindestens eines (namenlich zu nennenden) Lehrenden besser als dieser durchführen. Grundlage dieses von der Wissenschaft wegweisenden Beschlusses ist das Doppelprinzip: „Wer geprüft worden ist, der lehrt“ und „Wer lehrt, der prüft“. In der Kommission ist zu Recht darauf hingewiesen worden, daß das Potential dieses Grundsatzes mit dem vorliegenden Beschuß bei weitem noch nicht erschöpft ist. Es liegt auf der Hand, daß die Z-Prüfung in der bisherigen Form nicht haltbar ist, denn jeder Inhaber des Abitsur muß jedem anderen das Abitur abnehmen können. Die Abstimmung über einen diesbezüglichen Beschuß wurde auf die nächste Sitzung vertagt, weil eine gewisse Ratlosigkeit durch die Fragen entstanden war, was mit den dann zu erwartenden über eine halbe Million arbeitslosen Lehrern geschehen sollte.

R. Pethig

Björn Engholm zum Lehrerstudium

In einem Beitrag zu einer Abiturerede für das Jahr 1981 setzt sich der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, mit den Perspektiven des Lehrerstudiums auseinander: „Die Prognosen für Lehrer sind schlecht, die Konkurrenz wird hart; aber wenn Sie Spaß am Lehren und Freude am Umgang mit jungen Menschen haben, dann studieren Sie Lehrer. Nehmen Sie die Chance der besonderen Leistung aufgrund besonderer Motivation wahr - aber auch das Risiko, später vielleicht trotz des guten Abschlusses etwas anderes machen zu müssen, in Kauf... Und überhaupt: Die Zeiten tradierten Status- und Einkommenserwartungen nach Hochschulabschluß gehen in den 80er Jahren wohl endgültig zu Ende.“

„Beitragsboykott“ ist verboten

Vom Präsidenten der Universität wurde verboten, weiterhin eine „mitteilung der ODS, SAM/JES und RFS Hochschulgruppen zum Strafantrag gegen den AStA“ zu verbreiten. Ein Flugblatt mit diesem Titel war Anfang Juli in der Universität verteilt worden. Da das Erscheinungsbild des Blattes bei dem unvergänglichen Beobachter den Eindruck erwecken konnte, daß es sich um eine offizielle Mitteilung der Universität, vertreten durch den Präsidenten, handele, wurde der presserechtlich verantwortliche Student aufgefordert, die Verwendung dieses oder eines ähnlichen mit Amtlichen Mitteilungen verwechselbaren Briefkopfes zu unterlassen. Der Student wurde außerdem darauf hingewiesen, daß sein „Beitragsboykott“ gegen den AStA nicht mit dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (§ 53) vereinbar sei.

Personalien

Dr. Hans-Jörg Ferenz, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich 7 (Biologie) hat eine Einladung zu einem Forschungsaufenthalt an der University of California, Los Angeles, USA, erhalten. Er führt am Department of Insect Physiologie bei Professor Dr. Franz Engelmann von September 1981 bis Februar 1982 Untersuchungen zum hormongesteuerten Wachstum der Ovarien bei Insekten durch.

Professor Dr. Rüdiger Pethig, Fachbereich Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, hat im Anschluß an die Vorlesungszeit dieses Semesters eine sechswöchige Gastprofessur als „Visiting Professor of Economics and International Business“ an der New York University aufgenommen. York University übernommen.

Professor Dr. Wolfgang Pfaffenberger, Volkswirt im FB 4, hielt Anfang Juni in Essen auf der gemeinsam von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und der Hans-Böckler-Stiftung veranstalteten Fachtagung „Leitung gebundene Energiewirtschaft - Volkswirtschaftliche Bedeutung und Mitbestimmung“ einen Vortrag zum Thema „Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum, Energiebedarf, Energiekapazitätsplanung und Technologiepolitik“.

Professor Dr. Manfred Weidenbruch, Chemiker im FB 9, wird vom 8. bis 14. August 1981 in Toronto (Kanada) an der „10th. International Conference on Organometallic Chemistry“ teilnehmen und dort einen Vortrag über „Preparation, Molecular Structures, and Properties of Several Overcrowded 1,2-Disilyl Ethanes and Ethenes“ halten.

Als wiss. Angestellte wurden eingestellt:

Frank-Thomas Olk für „Sozialarbeit/Sozialpädagogik“ im Fachbereich I.

Personalien

Kerstin Gothe im Forschungsvorhaben „Wandel der Wohnbedürfnisse“, Prof. Dr. Siebel, FB 3.

Elke Haase für das Aufgabengebiet „Angewandte Biologie“ im Fachbereich G.

Bernhard Hauke, wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich H, wird aus dem Dienst der Universität ausscheiden.

Maria Niggemann für das Aufgabengebiet „Soziologie (Jugendsozioologie)“ im Fachbereich 3.

Gerd Reiter für das Aufgabengebiet „Volkswirtschaftslehre“ mit dem Schwerpunkt allgemeine Wirtschaftstheorie“ im FB 4.

Burkhard Schiller im Forschungsvorhaben „Wandel der Wohnbedürfnisse und Stadthauskonzept“, Prof. Dr. Siebel, FB 3.

Hasmet Tastan für den Aufgabengebiet „Mikrobiologie“ im Fachbereich 7.

Hermann Vöggen im Forschungsvorhaben „Wandel der Wohnbedürfnisse und Stadthauskonzept“, Prof. Dr. Siebel, FB 3.

Im Dienstleistungsbereich eingestellt wurden:

Dorothea Hoffmann als Reinigungshilfe beim NQ-Projekt/Projekt Studierendefahrten.

Ruth Jähne als technische Assistentin in der ZETWA.

Jutta Neunaber als Technischer Angestellte in der ZETWA.

Georg Schinnerer als Saisonarbeiter (Sept./Okt. 81) für die Aufsicht und Schließung des Botanischen Gartens.

Günter Schumann wurde zum Regieoberinspektor in der Organisationssabteilung ernannt.

Rainer Vogt als Angestellter in der Bibliothek.

Günter Willen als Angestellter in der Bibliothek.

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium



In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl



1871 - 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRITS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 141

TEL. (04 41) 71001

Anna Thye

Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler

Gegr. 1. 9. 1800



29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

Schreibmaschinen

neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie.

Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelkopfschreibmaschinen ab 699 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.



Donnerschwee Str. 91
2900 Oldenburg
Ruf 04 41 / 8 51 25

Verkauf Mo-Fr ab 17 Uhr oder nach Vereinbarung

TABULA BUCHLADEN

IM
HERBART
GANG

Alles das,

was Kreative und Bastler so täglich für ihre Arbeit und für's Hobby gebrauchen, bekommt man mit dem

Studienausweis
preisgünstig im
Fachgeschäft

Spanhake

29 oldenburg · lange straße 48
beim rathaus · ruf 04 41 / 2 74 88



BLENDEN VIER 4 Fotogalerie

Poster · Bilderrahmen
An- und Verkauf von
Fotoapparaten und Zubehör
Rolf Ahlers Bergstraße 4
2900 Oldenburg Tel.: 0441/25015

Kopieren · Sortieren · Einbinden

KOPIER DIENST

· KOPIER-AUFRAG-SERVICE ·

Examensarbeiten schnell u. gut

Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 0441/7 63 74

KOPIERPREIS

je Stück

DIN A 4 DM 0,12

Grund- & bodensolide



Immobilien
GmbH

OLDENBURG, MARKT, RUF 0441/2371

Landesbausparkasse der Sparkassen

Mit der ÖBS den Grundstein legen.



Öffentliche
Bausparkasse

OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN